

Die Ferieninitiative schadet dem Gewerbe

Kantonsrat Peter Schütz, Präsident Thurgauer Gewerbeverband

Wir setzen auf sozialpartnerschaftliche Lösungen

Die Schweiz verfügt über ein liberales Arbeitsrecht. Dieser Vorteil des Wirtschaftsstandortes Schweiz darf nicht durch einen starren Verfassungsartikel preisgegeben werden. Obschon der gesetzliche Ferienanspruch heute vier Wochen beträgt, profitieren rund 1,7 Millionen Arbeitnehmende von branchenspezifischen Gesamtarbeitsverträgen und zahlreiche andere von Firmenregelungen, die über das gesetzliche Minimum hinausgehen. Diese sozialpartnerschaftlichen Lösungen sind optimal auf die Bedürfnisse und Möglichkeiten der einzelnen Branchen und Unternehmen abgestimmt. So erhalten beispielsweise Beschäftigte in der Bauwirtschaft aufgrund der stärkeren körperlichen Belastung bis zum 50. Altersjahr fünf Wochen und danach sechs Wochen Ferien. Die gleiche Regelung gilt für die Holzverarbeitungs- und Uhrenindustrie. In der Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie haben alle Angestellten Anrecht auf 25 Tage Ferien und bereits ab 40 Jahren steigt der Anspruch auf 27 und ab 50 Jahren auf 30 Tage an, um nur ein paar Beispiele zu nennen. Die Ferieninitiative verhindert mit ihrer starren Forderung diese bewährten sozialpartnerschaftlichen Lösungen. Lösungen und Vereinbarungen, die sich notabene auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten bewährt haben. Denn in den letzten Monaten mussten einzelne Unternehmen ihre Arbeitszeiten verlängern, um konkurrenzfähig zu bleiben. Diese befristete Massnahme konnten sie dank guter sozialpartnerschaftlicher Beziehungen in Absprache mit ihren Angestellten treffen.

Mehr Ferien heisst mehr Stress am Arbeitsplatz

Im Arbeitsalltag können mehr Ferien auch Nachteile mit sich bringen. Denn durch die längeren Absenzen entstehen längere Stellvertretungszeiten. Um diese optimal aufzufangen, müsste die Arbeit auf mehrere Mitarbeitende verteilt werden können. Um aber eine Woche reduzierte Arbeitszeit mit einer zusätzlichen Stelle aufzufangen, müssten in einem Betrieb etwa 40 gleichartige Arbeitsplätze bestehen. Das erreichen unsere Gewerbebetriebe bei Weitem nicht. Die ausfallende Arbeitszeit wird also kaum durch mehr Personal ausgeglichen. Folglich muss die gleiche Arbeit durch weniger Personen in kürzerer Zeit erledigt werden. Das führt zu mehr Hektik am Arbeitsplatz und damit zu mehr Stress für den Einzelnen. Das gilt besonders auch für die Person, die die Ferien bezieht. Hat sie keine Stellvertretung, werden Stress und Arbeitszeiten vor und nach den Ferien zunehmen. Die hehren Ziele der Initianten führen damit genau ins Gegenteil, nämlich zu mehr Stress für alle. Das führt zu höheren Stresskosten und zu Mehrkosten für die Krankenkassen und die Invalidenversicherung.

Diese Argumente gelten meist auch für grössere Unternehmungen. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter können zwischen einzelnen Betriebssparten und Abteilungen nicht beliebig ausgetauscht oder ersetzt werden. (z. B. Büroangestellte können ja nicht in der Produktion eingesetzt werden, bzw. auch umgekehrt nicht). Beispiel: Alterszentrum Bussnang AZB; 110 Mitarbeitende (7690%) wovon 31 Vollzeit MA (3100%) und 79 Teilzeit MA (4590%).

Erhöhung der Arbeitskosten

Es ist selbstredend, dass eine Annahme der Initiative für die Betriebe automatisch höhere Kosten nach sich ziehen werden. Eine Verteuerung der Arbeit käme zu einem Zeitpunkt, in der der starke Franken und die damit verbundene wirtschaftliche Abkühlung gerade die Kleinunternehmen in unserem Grenzkanton besonders treffen.

88% der Firmen in der Schweiz haben weniger als 10 Mitarbeitende, sind also sogenannte Mikrounternehmen. Viele von Ihnen stehen auch ohne Ferieninitiative derzeit vor grossen Problemen. Höhere Arbeitskosten können von diesen Unternehmen nicht getragen werden. (Beispiel LETRONA AG, Lohnmehrkosten von ca. 350'000 CHF)

Arbeitnehmende haben von der heutigen Lösung profitiert

Die Initianten argumentieren, dass der Arbeitsstress und die Produktivität in den vergangenen Jahrzehnten massiv zugenommen haben. Die Angestellten hätten sich mehr Ferien verdient. Ein Blick auf die Ergebnisse internationaler Zeitverwendungsstudien zeigt allerdings ein anderes Bild: Die Zeit für Freizeitaktivitäten nimmt seit Jahrzehnten zu (Die wöchentliche Arbeitszeit hat seit 1965 um 8 Std. abgenommen). Durch technische Innovationen wurden Arbeitsabläufe schlanker, schneller und weniger belastend für den Einzelnen. Die Hilfsmittel steigerten die Produktivität, erleichterten gleichzeitig die anfallenden Arbeiten und sorgten so für mehr Freizeit. Der Kaufkraftvergleich der vergangenen 20 Jahre in der Schweiz zeigt zudem, dass die Arbeitnehmenden auch in materieller Hinsicht profitiert haben. So sind die Reallöhne in den letzten 20 Jahren um 9,6 Prozent, in den letzten zehn Jahren um 6,8 Prozent gestiegen.

Nochmals, diese Initiative ist für das Gewerbe schlicht nicht tragbar. Sie bringt weitere Zusatzbelastungen für den ganzen Werk- Denk- und Finanzplatz Schweiz. Dies ausgerechnet in einer Zeit mit einem extrem schwierigen wirtschaftlichen Umfeld und mit grossen Unsicherheiten. Diese Initiative ist der Brandbeschleuniger für ein KMU-Sterben und damit ein Arbeitsplatzkiller. Das will sicher niemand.